AZ. Vaduz, Samstag, den 14. Juli
1956 — 90. Jahrgang — Nr. 78

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag, Samstag

Liechtensteiner Volksblatt

Organ für amtliche Kundmachungen

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 7 31 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 2 21 43 Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988

Anzeigenpreise: Die 1spalt. Millimeterzeile Anzeigen Reklame

Inland	7 Rp.	20 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans b. Sennwald)	9 Rp.	22 Rp.
Uebrige Schweiz	10 Rp.	24 Rp.
Ausland	12 Rp.	28 Rp.

Anzeigenannahme für das Inland:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
Schweizer Annoncen A.-G.
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Festsitzung des Landtages in Anwesenheit S.D. des Landesfürsten Franz Josef II.

In Erinnerung an den 12. Juli 1806

Am vergangenen Donnerstagmittag versammelten sich der Hohe Landtag und die Mitglieder der Fürstlichen Regierung zu einer Festsitzung in Erinnerung an das Ereignis der Erlangung unserer Souveränität am 12. Juli 1806.

Im Waldhotel fand im Beisein Seiner Durchlaucht des Landesfürsten ein Essen statt, zu dem die Mitglieder des Hohen Landtages und der hohen Fürstlichen Regierung geladen waren.

Nachmittags 3 Uhr fand im Landtagssaal eine Festsitzung statt, an welcher Seine Durchlaucht der Landesfürst, alle Abgeordneten und die Fürstliche Regierung in corpore teilnahmen. Der Landtagssaal war festlich geschmückt und die Wandbilder von Fürst Franz Josef II. und Weiland Fürst Johann I. waren mit den Farben des Fürstenhauses und des Landes umrahmt.

Die Ansprache des Landtagspräsidenten Dr. Alois Ritter

Die Festsitzung stand im Zeichen einer feierlichen Rede des Landtagspräsidenten Dr. Alois Ritter, die folgenden Wortlaut hatte:

Durchlaucht,
Herren der Regierung
Meine Herren Abgeordneten

Gestatten Sie, daß ich vor Eintreten in die Tagesordnung einige Worte zum heutigen Tage an Sie richte. Was hat es denn für eine Bewandtnis mit dem heutigen Tage, dem 12. Juli 1956? Nicht mehr und nicht weniger als daß der 12. Juli 1956 der 150. Gedenktag der Begründung des Rheinbundes ist und damit der 150. Jahrestag der liechtensteinischen Souveränität. Im Jahre 1719 waren die beiden reichsunmittelbaren Herrschaften Vaduz und Schellenberg von Kaiser Karl VI. zum Reichsfürstentum Liechtenstein erhoben worden, und am 12. Juli 1806, also heute vor 150 Jahren, wurde mit der Unterzeichnung der Rheinbundsakte in Paris, aus dem Reichsfürstentum, durch den Willen des Kaisers Napoleon, das souveräne Fürstentum Liechtenstein. Ein zeitgenössischer Rechtsgelehrter, Professor des Staatsrechtes an der Heidelberger Universität, Dr. Karl Salomo Zachariä, nennt den 12. Juli 1806, im Hinblick auf die Gründung des Rheinbunds, den Geburtstag der Souveränität schlechthin. Die 150. Wiederkehr dieses Tages rechtfertigt es sicherlich auch für den Landtag, einen Augenblick stillzustehen in der Abwicklung der Tagesgeschäfte, und einen Blick zurückzuwerfen in die Zeit vor 150—160 Jahren, um sich in Erinnerung zu rufen, wie es zu diesem Ereignis der Souveränitätsbegründung kam, und sich ein Bild zu machen von jenem neuen Staatengebilde, das unter dem Namen der „Rheinbund" in die Geschichte eingegangen ist.

Es war eine unsichere, unruhige, gefahrvolle Zeit um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert. Die dunklen Gewitterwolken der großen französischen Revolution überschatteten das unglückliche Europa und insbesondere das Heilige Römische Reich deutscher Nation, welches nach 1000-jährigem Bestand in seinem verfassungsmäßigen Gefüge morsch und altersschwach geworden war. Die Revolution hatte ursprünglich ihr Haus aufbauen wollen auf dem Fundament der Volkssouveränität. Alsbald aber ging sie ab von den ursprünglichen Ideen der Generalstände. Die Bande der Ordnung lösten sich auf, die Menschenrechte, die feierlich verkündet worden waren, wurden zum Spott, der immer mehr zunehmende Radikalismus ging darauf aus, das Königtum gänzlich zu beseitigen, und der revolutionäre Geist drang erobernd über die Grenzen Frankreichs in die Niederlande und in die Länder am Rhein ein. Jetzt, im Angesicht einer Gefahr, welche nicht nur das Reich, sondern sowohl Preußen als auch Oesterreich bedrohte, kam man an den Höfen der beiden Mächte zum Entschluß, dieser Entwicklung Widerstand zu leisten. Man sandte eine scharfe Note an die Nationalversammlung in Paris und diese antwortete am 20. April 1792 mit der Kriegserklärung. Und kurz darauf schon erklang das hinreißende Kriegslied der französischen Rheinarmee, das ein junger Offizier in Straßburg gedichtet hatte, und das später unter dem Namen „Marseillaise" bekannt wurde, das Lied, von dem Napoleon sagte, es wiege 10 Armeen auf. Und mit diesem Kriege begann die europäische Tragödie.

Der junge Kaiser Franz II., der am Beginn seiner Herrschaft sich vor die Aufgabe gestellt sah, die Flammen der Revolution, welche an die Fundamente der europäischen Rechtsordnung griffen, zu lösen, rief in einem Manifest ganz Europa „zur Hilfe in einer für die Ehre und Sicherheit aller Regierungen gemeinsamen Gefahr" auf. Solange die Organisierung der französischen Armeen noch nicht vollendet war, vermochten die verbündeten Preußen und Oesterreicher manche Erfolge zu erringen. Aber bald zeigte es sich, daß die veralteten Formen feudaler Strategie dem nationalistischen und patriotischen Enthusiasmus der französischen Volksarmeen nicht mehr gewachsen waren. Bald standen die französischen Streitkräfte am Rhein.

Im Januar 1793 war auch das Königtum in Frankreich gestürzt worden, und die Revolution hatte damit jede Bindung mit der Vergangenheit, aber auch mit dem übrigen monarchistischen Europa, gelöst. Jetzt aber formte sich ein gewaltige europäische Allianz zum Widerstand und konnte anfänglich auch beträchtliche Erfolge erzielen, bis sich der Geist der Uneinigkeit in die Koalition einschlich, deren lockeres Gefüge durch einige militärische Niederlagen bald vollständig aufgelöst wurde. Preußen schloß einen separaten Frieden in Basel 1795. Nur Oesterreich, England und Rußland kämpften weiter. Oesterreich ist zunächst erfolgreich in Deutschland. Erzherzog Karl, der Bruder des Kaisers Franz II. schlägt die in Süddeutschland eingedrungenen Franzosen 1796 bei Amber und Würzburg. Moreau geht über den Rhein zurück. Dagegen besiegt Bonaparte die Oesterreicher mehrmals in Italien und erzwingt 1797 den Frieden von Campo Formio. Oesterreich muß Belgien an Frankreich abtreten im Austausch gegen Venedig, und es muß ferner der Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich zustimmen. Die dadurch benachteiligten Fürsten sollen in Deutschland entschädigt werden. Der Kongreß zu Rastadt, der sich damit befaßt, erzielt keine Einigung in dieser Frage.

1799—1802 zweiter Koalitionskrieg gegen Frankreich. Die Verbündeten sind England, Rußland, Oesterreich, Portugal, Neapel und die Türkei. Die Franzosen werden anfänglich in Deutschland von Erzherzog Karl, in Italien von den Oesterreichern und Russen wiederholt geschlagen. 1800 aber siegt Napoleon, der inzwischen Erster Konsul geworden war, bei Marengo und Moreau bei Hohenlinden über die Oesterreicher. 1801 Friede von Lunéville, der den Vertrag von Campo Formio bestätigt. Das linke Rheinufer bleibt französisch. Im Bereiche der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die weder gewillt noch fähig wären, dem vordrängenden Gestaltungswillen Napoleons einen ernsthaften Widerstand zu leisten, und deren Interessen hauptsächlich darauf gerichtet waren, aus dem allgemeinen Zusammenbruch des Reiches soviel wie möglich für sich zu erwerben, traten nun jene an sich schon revolutionären Aenderungen ein, die schließlich zur Beendigung des Heiligen Römischen Reiches und des Römisch-Deutschen Kaisertums und damit zur Beendigung der alten mitteleuropäischen Rechts- und Staatenordnung führten. Der Friedensvertrag von Lunéville enthielt eine Bestimmung, welche die Entschädigung der durch die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich depossedierten Reichsfürsten vorsah. Zu ihrer Durchführung wurde nun eine 6gliedrige Reichsdeputation gewählt, deren Hauptschluß vom 25. Februar 1803 unter dem Druck der Napoleonschen Politik und der einzelstaatlichen Interessen die politischen und rechtlichen Grundlagen des alten Reiches zerstörten. Nicht weniger als 112 reichsunmittelbare deutsche Kleinstaaten, darunter die meisten geistlichen Reichsterritorien, wurden aufgehoben, säkularisiert oder mediatisiert, wie es in der damaligen Amtssprache hieß. Diese neue Ordnung der territorialen Verhältnisse in Deutschland verband die Dynastien, welche davon profitierten, enger mit der Politik Napoleons. Und diese Entwicklung ließ neben Preußen und Oesterreich das „Dritte Deutschland" entstehen, das Deutschland souveräner Kleinstaaten, die um ihrer Souveränität willen sich gegen Oesterreich stellen mußten, solange dieses sich mit der neuen Ordnung nicht abfinden konnte.

An dem Reichsfürstentum Liechtenstein waren die beiden sogenannten Koalitionskriege nicht spurlos vorübergegangen. Schon im Jahre 1794 erhielt unser Land als Mitglied des Schwäbrischen Kreises die Aufforderung zur Stellung seines Kontingentes. Liechtenstein stellte, so berichtet Peter Kaiser, 15 Mann zu Fuß und 2 Mann zu Pferd. Sie kosteten mit Armierung und Montur 2 250 Gulden, und man hatte Mühe, die Gewehre für das Kontingent aufzutreiben. Im Juli marschierten sie nach Meersburg ab, und im November wurden sie nach Rastatt instradiert. 1795 ersuchte Kaiser Franz II. die Reichsstände um allgemeine Volksbewaffnung. Der Schwäbische Kreis wollte 40 000 Mann aufstellen. Liechtenstein erhielt die Aufforderung, seine Landmiliz zu organisieren, d. h. es sollten alle waffenfähigen Männer von 18—50 Jahren mit Waffen versehen und militärisch ausgebildet werden. Sobald die Sturmglocke läute, solle sich die Mannschaft auf ihren Sammelplätzen zum Aufbruch einstellen. — Diese Aufforderung erregte in Vaduz schwere Bedenken. Die Landammänner wagten es nicht, so berichtet Kaiser, die Sache dem Volke vorzutragen, da sie seinen Widerstand gegen Maßregeln kannten, die mit bedeutenden Kosten verbunden waren, und da man das Milizwesen, wie es früher gewesen war, hatte eingehen und erschlaffen lassen. Nun griff das fürstliche Oberamt ein und erließ ein Mandat an die Gemeinden, der Aufforderung des Schwäbischen Kreises nachzukommen. Das gab nun allerhand Aufregung im Lande und widerstreitende Meinungen, sodaß sich der Landvogt selber in die Gemeinden begab, um mit den Leuten zu verhandeln. Aber keine Gemeinde wollte sich zuerst erklären. Schließlich erhielten die Gemeinden den Auftrag, Ausschüsse nach Vaduz zu entsenden, und diese beschlossen dann, daß die Landammänner beider Landschaften zum Kreisdirektorium nach Ulm gehen und sich entschuldigen sollten, daß man hierseits zu so großer Rüstung zu schwach sei; man sei gar zu sehr mit Wuhren beschäftigt und fast ganz von der Schweiz und Graubünden umgeben, welche französisch gesinnt seien; man werde daher die Feinde zuerst auf dem Hals haben, und es sei deswegen nicht rätlich, sich aller Mannschaft zu entblößen. So reisten dann die Landamänner Lorenz Tschetter von Schaan und Franz Joseph Nescher von Gamprin nach Ulm mit Empfehlungsbrief vom Oberamt. Sie kamen zurück mit dem Bericht, daß die Sache nicht so gemeint gewesen sei, wie man sie hier aufgefaßt habe, denn das Schwäbische Kreisdirektorium wolle nur ein Verzeichnis der waffenfähigen Mannschaft sowie eine Vermehrung des Kontingentes. Liechtenstein sandte also noch einen Reiter und 4 Mann zu Fuß und später nochmals 10 Mann und gab das gewünschte Verzeichnis. (Also Peter Kaiser.)

Im Jahre 1796 hörte man auch hierzulande von den kriegerischen Erfolgen Napoleons in Italien. Große Bestürzung entstand allenthalben, denn man glaubte, die Franzosen würden durch Graubünden nach Liechtenstein und damit in das Reich eindringen. Landvogt Menzinger berief die Vorsteher der Landschaften zusammen und forderte sie auf, die freiwillige Bewaffnung des Volkes in die Wege zu leiten. Die Gemeinden zeigten aber sehr wenig Bereitwilligkeit für diese Maßnahmen. Es hieß: Die Franzosen sollen nur kommen, schlimmer könne es nicht werden und die Schulden seien dann bezahlt. Die Stimmung unter der Bevölkerung war so schlecht, daß das Oberamt daran dachte, zu fliehen, wenn die Franzosen einrücken sollten. „Seine Furcht vor den eigenen Leuten", so schreibt Kaiser, „war größer als die vor den Franzosen, aber sie war begründet". In der Folge beteiligte sich Liechtenstein an einer Konferenz in Bregenz wegen Maßnahmen zur gemeinschaftlichen Landesverteidigung. Da man in Oesterreich befürchtet, daß die Franzosen durch Graubünden an den Bodensee vordrängen würden, sandte man von dort zunächst eine kleine Truppe von 100 Mann nach Liechtenstein zur Bewachung der Bündner Grenzen. Kurz darauf folgten weitere 700 Mann. Die liechtensteinischen Gemeinden stellten 64 Freiwillige, 38 aus dem Unterland und 26 von Vaduz und Schaan. Die Franzosen kamen aber nicht durch Graubünden, sondern nördlich des Bodensees in das Reich. Die süddeutschen Reichsstände Württemberg, Baden, der Schwäbische Kreis und Bayern schlossen Waffenstillstandsverträge mit Frankreich ab, eigenmächtig, ohne das Reich oder den Kaiser zu fragen. Das erregte natürlich Unwillen beim Kaiser und in Oesterreich. Oesterreich schickte die Truppen des Schwäbischen Kreises, nachdem es ihnen die Waffen abgenommen hatte, zurück. Auch die liechtensteinischen Kontingentsteilnehmer kamen abgerissen und waffenlos wieder in die Heimat. Die Behandlung der Kontingentstruppen wurden als schimpflich empfunden und bewirkte, wenigstens vorübergehend, in der Bevölkerung einen Stimmungswechsel gegenüber Oesterreich.

Auf Grund des Waffenstillstandsabkommens, das der Schwäbische Kreis am 27. Juli 1796 mit den Franzosen geschlossen hatte, sollte er eine Kontribution von 12 000 000 Franken an die Franzosen bezahlen. Der liechtensteinische Anteil an dieser Kontribution betrug 24 000.— Franken. Von Ulm drängte man wiederholt auf Bezahlung dieses Anteils. Aber die liechtensteinischen Gemeinden lehnten die Bezahlung ab.

Der Friede von Campo Formio im Oktober 1797 hatte für Europa eine kleine Atempause gebracht. Aber im Herbst 1798 begannen die kriegerischen Unternehmungen von neuem. Die Franzosen rückten in unsere schweizerische Nachbarschaft bis an den Rhein und besetzten das linke Rheinufer von Ragaz bis zum Bodensee. Ihnen gegenüber lagen die Truppen des Kaisers in Vorarlberg, Liechtenstein und Graubünden am rechten Ufer. Unsere Bevölkerung mußte den Truppen Wachthütten am Rhein errichten und auf den Wiesen in Mauren und bei Tisis Schanzen bauen. Im Frühjahr 1799 begannen die Feindseligkeiten des zweiten Koalitionskrieges, unter denen Liechtenstein gleich von Anfang an schwer zu leiden hatte. Der französische General Massena überschritt den Rhein bei Trübbach und Bendern und drängte die kaiserlichen Truppen sowohl im Süden wie im Norden des Landes zurück. Nachdem die Luziensteig erobert war, schlug er sein Hauptquartier in Nendeln auf, von wo er den Angriff gegen Feldkirch unternahm. Es gelang ihm aber nicht, die Stadt zu erobern. Er mußte unverrichteter Dinge wieder aus dem Lande abziehen. Der Herbst des Jahres 1799 brachte dann den Durchmarsch der Russen durch unser Land. Der Chronist Helbert gibt eine drastische Schilderung dieses Russendurchzuges unter General Suworow. „Einen unbeschreiblichen Hunger brachten die Russen aus der Schweiz. Sie fielen über alles her; aßen unreife Trauben, Türken und Obst. Auf der Landstraße ging es schrecklich her. Schuhe und Kleider nahmen sie den Leuten ab vom Leib". — Das Jahr 1800 brachte den Franzosen neuen Erfolg in Süddeutschland. Der Schwäbische Kreis mußte 6 000 000 Franken Kriegskontribution bezahlen und 10 000 Paar Schuhe liefern. Davon traf es dem Stande Liechtenstein 187 Paar Schuhe und 13 038 Franken. Unser Land hatte in diesem Jahre wieder neue Einquartierung der kaiserlichen Truppen. Im Juli überschritten die Franzosen den Rhein bei Balzers unter General Jour-